

Gegen Gesetzesverschärfungen

Am 10. Februar stimmt das Volk über eine Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes ab. Grossrat Adrian Haas, Direktor des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV), äussert sich am Wirtschaftslunch kritisch gegenüber der Vorlage.

von **Pressedienst/Nora Devenish**



Adrian Haas, FDP-Grossrat und Direktor des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV), weibelte am Wirtschaftslunch der HIV-Sektion Interlaken-Oberhasli für ein «Nein» am 10. Februar. Foto: Nora Devenish

Im Vorfeld zur Energiegesetz-Abstimmung vom 10. Februar kritisiert Adrian Haas, Direktor des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV), die Vorlage. Am Wirtschaftslunch der HIV-Sektion Interlaken-Oberhasli plädierte der FDP-Grossrat

für ein «Nein». Die Vorlage sei unnötig, kontraproduktiv, lasse die Mieten steigen, stelle die Hausbesitzer vorab im Berner Oberland vor grosse Probleme und führe zu einer weiteren Rechtszersplitterung im Baubereich.

Keine Harmonisierung

In seinem Referat zeigte Adrian Haas, dass der Kanton Bern schon heute schweizweit über die strengsten Energievorschriften verfügt. Das heute geltende Gesetz sei ziemlich neu. Mit der Verordnungsrevision 2016 hätten bereits zahlreiche Verschärfungen stattgefunden. Sein eigentliches Hauptanliegen, durch eine Übernahme der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) ins kantonale Recht eine Harmonisierung zu bewirken, erreiche das Gesetz in keiner Weise, so Adrian Haas.

Zusätzliche Verschärfungen

Adrian Haas prognostizierte einen unnötigen, kantonalen Alleingang. Die Änderung der Energievorschriften würden eine Verschärfung der Mustervorschriften zur Folge haben. Zudem erhielten die 347 Gemeinden die Möglichkeit, eigene, zusätzliche Verschärfungen zu beschliessen. Laut Haas hätte dies eine weitere Rechtszersplitterung im Baubereich mit Zusatzkosten für Unternehmen, Hauseigentümer und Mieter zur Folge.

So müsste beispielsweise beim Ersatz einer Ölheizung ein Gebäudeenergieausweis erstellt, eine Bewilligung eingeholt und womöglich die Gebäudehülle saniert werden müssen. Neben hohen Kosten, welche teilweise auf die Mieten abgewälzt würden, führe dies zu untragbaren Verzögerungen beim Heizungsersatz oder gar dazu, dass eine Sanierung möglichst lange hinausgeschoben werde, meinte Haas. Gerade im Berner Oberland, wo noch zahlreiche ältere Holzhäuser bestünden, würden viele Hausbesitzer vor grosse Probleme gestellt, so Adrian Haas.